

**BEZIRKSHAUPTMANSCHAFT GRAZ-UMGEBUNG**

Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung

Marktgemeinde Kumberg  
Am Platz 8  
8062 Kumberg

**➔ Referat Umwelt- und  
Agrarwesen**

**Grundverkehr**

Bearb.: Hanna Mandl  
Tel.: +43 (316) 7075-606  
Fax: +43 (316) 7075-333  
E-Mail:  
[bhgu\\_umwelt\\_und\\_agrarwesen@stmk.gv.at](mailto:bhgu_umwelt_und_agrarwesen@stmk.gv.at)

Bei Antwortschreiben bitte  
Geschäftszeichen (GZ) anführen



GZ: BHGU-387449/2025-12

Graz, am 20.01.2026

Ggst.: Verständigung gemäß § 8a Abs. 1 bis 3 und Abs. 6 des  
Steiermärkischen Grundverkehrsgesetzes 1993, LGBI. Nr.  
134/1993 idF. LGBI. Nr. 47/2015. (Stmk. GVG)

## **Verständigung**

über einen genehmigungspflichtigen Rechtserwerb von land- bzw. forstwirtschaftlichen  
Grundstücken nach dem Stmk. GVG.

Bei der Bezirkshauptmannschaft Graz-Umgebung wurde ein Antrag auf Genehmigung des  
nachstehenden Rechtsgeschäftes eingebracht:

**Art des Rechtserwerbes:**

Kaufvertrag vom 26.11.2025

**Verkäufer:**

Friedrich Schwarz und Helga Schwarz, 8181 St. Ruprecht/Raab, Arndorf 52

**Kaufobjekt:**

**Neu vermessene Grundstücks Nr. 818 und 819 aus der Liegenschaft EZ 24, KG 63226  
Gschwendt im Gesamtausmaß von 5.212 m<sup>2</sup>**

**Kaufpreis:**

**300.100,00 €**

Die durchgeführten Ermittlungen haben ergeben, dass der Erwerber **kein** Landwirt ist.

---

Während der Bekanntmachungsfrist kann eine Landwirtin/ein Landwirt der Grundverkehrsbehörde schriftlich mitteilen, dass sie/er bereit ist, ein gleichartiges Rechtsgeschäft über das land- und forstwirtschaftliche Grundstück zum ortsüblichen Preis oder ortsüblichen Pachtzins abzuschließen. Als Nachweis der Zahlungsfähigkeit gilt eine Bankgarantie oder ein Treuhanderlag.

**Rechtsgrundlagen:**

**§ 8a Abs. 1 bis 3 und Abs. 6 des Steiermärkischen Grundverkehrsgesetzes 1993, LGBI. Nr. 134/1993 idF. LGBI. Nr. 47/2015.**

(1) Ist die Erwerberin/der Erwerber eines land- und forstwirtschaftlichen Grundstückes im Ausmaß von mehr als 3.000 m<sup>2</sup> keine Landwirtin/kein Landwirt, so hat die Grundverkehrsbehörde unverzüglich

1. die Gemeinde, in der das betroffene Grundstück liegt, sowie
2. die Landwirtin/den Landwirt, die/der das Grundstück zuletzt bewirtschaftet hat und
3. die Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft (Bezirkskammer), in deren örtlichen Zuständigkeitsbereich das Grundstück liegt, schriftlich vom beabsichtigten Rechtserwerb zu verständigen und ihr Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(1a) Abs. 1 gilt nicht im Fall des § 8 Abs. 4.

(2) Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister der Gemeinde, in der das betroffene Grundstück liegt, hat den Rechtserwerb durch Anschlag an der Amtstafel sowie auf der Homepage der Gemeinde ohne unnötigen Aufschub bekannt zu machen und ihrer Ortsvertreterin/ihrem Ortsvertreter (§ 46) sowie der zuständigen Bezirkskammer (Abs. 1 Z 3) eine Kopie der Kundmachung zu übermitteln. Die Bekanntmachungsfrist beträgt drei Wochen. Auf die Möglichkeit einer Mitteilung nach Abs. 3 und die Einsichtnahme in die Vertragsurkunde bei der Grundverkehrsbehörde ist hinzuweisen.

(3) Während der Bekanntmachungsfrist kann eine Landwirtin/ein Landwirt der Grundverkehrsbehörde durch rechtsverbindliche Erklärung schriftlich mitteilen, dass sie/er bereit ist, ein gleichartiges Rechtsgeschäft über das land- und forstwirtschaftlich Grundstück zum ortsüblichen Preis oder ortsüblichen Pachtzins abzuschließen. Erfolgt mit der Mitteilung der Nachweis, dass sie/er zum Rechtserwerb in der Lage ist, hat die Grundverkehrsbehörde dem Rechtsgeschäft durch die Nichtlandwirtin/den Nichtlandwirt die Genehmigung zu versagen.

(4) (Anm: entfallen)

(5) (Anm: entfallen)

(6) Ist zu einem Grundstück im Grundbuch ein Agrarverfahren angemerkt, ist vor der Entscheidung der Grundverkehrsbehörde die Agrarbezirksbehörde zu hören.

Mit freundlichen Grüßen  
Der Bezirkshauptmann i.V.

Hanna Mandl  
(elektronisch gefertigt)

Eregeht an:

1. Notariat Reich, Südtiroler Platz 7, 8020 Graz, per E-Mail
2. Marktgemeinde Kumberg, Am Platz 8, 8062 Kumberg, mit dem Ersuchen die vorliegende Verständigung mit dem dargestellten Rechtserwerb im Sinne des § 8a Abs. 2 Stmk. GVG ohne unnötigen Aufschub durch Anschlag an der Amtstafel sowie auf der Homepage der Gemeinde ohne unnötigen Aufschub bekannt zu machen und ihrer Ortsvertreterin/ihrem Ortsvertreter, sowie der zuständigen Bezirkskammer (Abs. 1 Z 3) eine Kopie der Kundmachung zu übermitteln. Nach Ablauf der Bekanntmachungsfrist (3 Wochen) ist die Verständigung mit dem Anschlags- bzw. Abnahmedaten versehen anher zu retournieren, per E-Mail
3. Bezirkskammer für Land- und Forstwirtschaft Weststeiermark, Kinoplatz 2, 8501 Lieboch, Es wird die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme binnen 3 Wochen ab Erhalt dieser Verständigung eingeräumt, per E-Mail
4. Friedrich u. Helga Schwarz, Arndorf 52, 8181 St. Ruprecht/Raab, als bisherige Bewirtschafter, zur Kenntnis